

William Pfaffs Kolumne

Unerwartete Gegenmacht

Alle, die glauben, dass die Veränderungen des amerikanischen Kapitalismus während der letzten zwei Jahrzehnte und die Käuflichkeit der amerikanischen Politik durch Unternehmensgelder dem Land mehr Schaden zugefügt haben als die Al-Qaida-Terroristen es jemals tun werden, können jetzt ermutigende Nachrichten vernehmen: Es gibt noch immer eine Gegenmacht – wenn sie auch diesmal ungewöhnlich sein mag.

So haben amerikanische Bundesstaaten kriminellen Machenschaften in Firmen und auf den Aktienmärkten den Kampf angesagt, zugleich stellen europäische Regulierungsbehörden das Regelwerk international aktiver US-Firmen in Frage.

Schon länger sieht sich Washington öffentlichem Druck ausgesetzt, gegen amerikanische Unternehmen vorzugehen, die ihre Macht auf skandalöse Weise missbrauchen und Verbraucher wie Aktionäre ausnutzen. Aber es darf bezweifelt werden, ob diese Administration und dieser Kongress zu ernsthaften Reformen fähig sind. Die Unternehmen nehmen mit Geld und starken Lobbyorganisationen immensen Einfluss auf den Kongress. Gerade die wichtigsten Persönlichkeiten der Bush-Regierung pflegen enge Beziehungen zu genau den Firmen, die für einige der übelsten Machenschaften verantwortlich sind.

Forderungen, die auf eine Reform der Regulierung und Abhilfe durch den Gesetzgeber setzten, stehen vor einer Mauer der Abwehr, aufgebaut von Aktiengesellschaften und politischen Interessengruppen. Diese fordern Zuversicht in die Selbstheilungskräfte des Marktes, Vertrauen in die

Selbstregulierung der Unternehmen und ihrer Wirtschaftsprüfer sowie Glaube an die Bereitschaft des Managements, sich selbst zu reformieren.

Dabei wird die Tatsache ignoriert oder bestritten, dass ungenügend geregelte Märkte die schlimmsten Auswüchse hervorbrachten: manipulierte Geschäftsbücher und gefällige Berichte von Wirtschaftsprüfern, unehrliche Firmenstatements mit verdeckten Verlusten und fiktiven Gewinnen; geplünderte Rentenfonds; kaschierte Insider-Darlehen an Manager; und das missbrauchte Vertrauen von Kunden und Verbrauchern – alles um die Börsenwerte nach oben zu treiben und die Geschäftsführung zu bereichern.

Kein Wunder, dass die amerikanischen Aktienmärkte in Unordnung sind. Wer möchte schon unter diesen Umständen investieren? Vertrauensmissbrauch folgt Vertrauensbruch – siehe Enron, Dynegy, manipulierte Energiemärkte und die ruinierte Andersen Gesellschaft. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KMPG befindet sich unter Beobachtung der Börsenaufsicht SEC, während letztere selbst wegen angeblicher Komplizenschaft mit Personen, gegen die Ermittlungen geführt werden, im Kreuzfeuer der Kritik steht.

Der Präsident, der Vize-Präsident und Kabinettsmitglieder der Bush-Administration müssen sich einer Untersuchung des Kongresses wegen ihrer profitablen Verbindungen in der Vergangenheit mit solchen Unternehmen stellen. Der Vizepräsident wurde zu dubiosen Finanzberichten der Firma Halliburton, die er früher managte, befragt. Gegen Giants GE und Microsoft (schon wieder!) laufen Ermittlungen. Größere Aktienhändler und Banken sehen sich mit Anklagen wegen falscher Anlageberatungen und dem Missbrauch des Verbrauchervertrauens konfrontiert.

Michael S. Greve vom konservativen American Enterprise Institut schreibt, der „massive Interessenskonflikt“ im Aktiengeschäft habe die „einigermaßen informierten Geldanleger“ nicht überrascht. Die Insider wussten Bescheid.

Doch die verschworene Gemeinschaft der Aktienhändler ist trotzdem nervös – angesichts der Tatsache, dass der letzte Angriff unerwarteterweise von der New Yorker Staatsanwaltschaft kam. Aktienhändler sind es gewohnt, mit der SEC umzugehen, die ein Teil ihrer Gemeinschaft ist – und offensichtlich ein Teil des Problems.

Greve fügt hinzu: „Nachdem kleine Anleger, die sich auf die glühenden Empfehlungen der Analysten verließen, ihr letztes Hemd hergegeben haben, [...] unternahm der SEC-Vorsitzende Harvey Pitt, ein ehemaliger Unternehmensanwalt mit engen Verbindungen zu seinen ehemaligen Klienten, so gut wie nichts, außer vage etwas über die Notwendigkeit informativerer Risikoberichte zu murmeln.“

Die SEC und der Kongress befinden sich derzeit in Aufregung über das Eingreifen des Staates New York, das Washington zum Handeln zwingt. Der New Yorker Generalstaatsanwalt argumentiert, er sei der Öffentlichkeit verpflichtet, nicht den Unternehmen. Merrill Lynch muss jetzt auf Druck des Bundesstaates 100 Mio. Dollar zahlen, um eine Anklage wegen krimineller Geschäftsführung zu vermeiden.

Washington befürchtet ein Regulierungschaos, wenn sich andere Bundesstaaten dem New Yorker Vorbild anschließen. Aber in Wirklichkeit hat, wie Greve bestätigt, das nationale Regelwerk die Anleger in den Ruin getrieben.

Bereits zuvor hatten sich Generalstaatsanwälte in angeblich Washington vorbehaltenen Kompetenzbereiche wie

Verstöße gegen das Kartellrecht (bei der Anklage von Microsoft) und Gesundheit (bei dem Vorgehen gegen die Tabakkonzerne) eingemischt.

Und jetzt tritt die EU auf den Plan. Die Brüsseler Kartellgesetze finden auch Anwendung auf amerikanische Firmen, die in Europa große Geschäfte tätigen. Im letzten Jahr verhinderte Brüssel die Fusion von General Electric und Honeywell auf Grund kartellrechtlicher Bestimmungen.

Und ab sofort verlangt die EU einen neuen Kodex von amerikanischen Unternehmen, die in Europa aktiv sind. Ein neue Verordnung zwingt an den europäischen Börsen notierten US-Firmen die Internationalen Rechnungslegungsgrundsätze (IAS), die auch europäischen Firmen auferlegt werden, zu übernehmen. Diese sind weitaus strenger als die in den USA verwendeten Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GAAP). Darüber hinaus verpflichten die IAS den jeweiligen Wirtschaftsprüfer zu versichern, dass er oder sie eine richtige Bilanz der finanziellen Lage des Unternehmens abgibt. Das GAAP-System ist lediglich ein Regelhandbuch – ähnlich wie der amerikanische Steuerkodex, und ebenso wie dieser lädt es zu Ausflüchten und Manipulationen ein, welche die reale finanzielle Situation eines Unternehmens verschleiern.

Solange die amerikanische Politik von Wahlkampfspenden (die der Bundesgerichtshof katastrophalerweise als Ausübung der geschützten Meinungsfreiheit auslegt hat) beherrscht wird, können Firmeninteressen ernsthafte Unternehmens- und Marktreflexionen in den Vereinigten Staaten blockieren. Die Bürger brauchen Hilfe – die sie jetzt erhalten: von unerwarteter Seite.